Abg. Solf wies darauf hin, dass sich die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP im Landtag NRW inzwischen dahingehend verständigt hätten, dass sie jegliche weitere Beschränkung der 11.000 Plätze auf beispielsweise 25 Stunden oder eine andere Zahl ablehnen werden. Dies werde auch im Zuge der Haushaltsberatungen im Landtag kundgetan. Im Übrigen sei die Zahl der U3-Betreuungsplätze seit der Amtsübernahme durch die neue Landesregierung im Jahr 2005 von seinerzeit 11.800 auf nunmehr 55.600 Plätze nahezu verfünffacht worden.

<u>Abg. H. Becker</u> entgegnete, dass der Resolutionsantrag seiner Fraktion den aktuellen, bisher veröffentlichten Sachstand wiedergebe. Zur dargestellten Verfünffachung der U3-Betreuungsplätze sei zudem anzumerken, dass dies nur teilweise vom Land gefördert werde und ein großer Teil somit zu Lasten der Kommunen gehe. Hierfür müsse man den Kommunen danken, die diese Mehrbelastungen tragen.

Abg. Finke machte deutlich, dass über dieses Projekt im Landtag noch beraten und beschlossen werde. Insoweit brauche man hier keine Landtagsdiskussion zu führen. Er halte diesen Resolutionsantrag daher für obsolet und werde nicht zustimmen.

<u>Abg. Tüttenberg</u> merkte an, dass sich seit 2005 nicht nur die U3-Plätze, sondern auch die Schulden und die Belastungen der Kommunen erhöht hätten. Er appellierte an die FDP-Kreistagsfraktion und den Abg. Solf, dieser Resolution nunmehr im Interesse der Kinder im Rhein-Sieg-Kreis zuzustimmen.

Für <u>Abg. H. Becker</u> machte es keinen Sinn, Resolutionen einzubringen, soweit Entscheidungen bereits getroffen wurden. Dies sei vielmehr in der derzeitigen Beratungsphase angebracht. Es gebe einen erheblichen Widerstand der kommunalen Spitzenverbände und diverser Kommunen gegen die Kappung bei 25 Stunden und es wäre gut, wenn sich dies noch ändere.